

## Dichtung und Wahrheit an der Waldkapelle

*Beim Thema „Entlastungsstraße Waldkapelle“ fordern die Rheinbacher Grünen mehr Ehrlichkeit von CDU und FDP*

In seinem großen autobiografischen Roman „Dichtung und Wahrheit“ greift Deutschlands berühmtester Dichter Johann Wolfgang von Goethe auf eine historische Stofffülle zurück, um sie durch die Mittel der Überhöhung, Verdichtung, Auslassung und thematischen Verfremdung meisterhaft auszudeuten und zu gestalten.

Wir wissen nicht, ob Goethe jemals die Waldkapelle besucht und über die kürzeste Kutschenverbindung von dort zur Achse Köln-Frankfurt sinniert hat. Was wir aber wissen ist, dass FDP und CDU derzeit versuchen, durch ähnliche Stilmittel, vor allem aber durch das der Auslassung, die historische Realität der Entlastungsstraße Waldkapelle - Autobahn A 61 in ihrem Sinne auszudeuten und zu gestalten. Im Gegensatz zu Goethe sind die schwarz-gelben Ausgestaltungen aber weder literarisch bedeutsam, noch orientieren sie sich an der realen Vorlage. Man sollte deshalb eher von einer faden Schelmenposse reden, durch die von eigenen Verantwortlichkeiten abgelenkt werden soll.

Folgende Fakten dokumentieren die historische und politische Wirklichkeit:

1. Die „Entlastungsstraße Rheinbach Höhenorte“ ist als Vorhaben der Stufe 2 unter Nr. 24049 im integrierten Landesverkehrsplan NRW enthalten und wurde im Dezember 2006 fortgeschrieben.
2. CDU und FDP haben in der Vergangenheit im Rheinbacher Stadtrat immer wieder eine Entlastungsstraße Waldkapelle - Autobahnanschluss durch den Rheinbacher Stadtwald befürwortet, aktiv eingefordert und als die ideale Lösung für die Verkehrsprobleme in der Rheinbacher Innenstadt propagiert. Dies ist in Rats- und Ausschussprotokollen sowie in Presseartikeln belegt. So steht z.B. in Blick aktuell 51/2003 „... verabschiedet wurde der Vorschlag der CDU Fraktion, die Option zu einer stadtfernen Umgehungsstrasse durch den Stadtwald offen zu lassen, um den Durchgangsverkehr zu den Höhenorten darüber ableiten zu lassen (bei 4 Nein-Stimmen von Grünen und SPD).“  
Berichte des Generalanzeigers dokumentieren, dass die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP ihre Forderung nach einer Stadtwald-Durchquerung aufrechterhalten (GA v. 25.6.2003) - die FDP hält sogar schon seit mehr als 25 Jahren an dieser Forderung fest (GA v. 2.11.2002). Dies ist jedenfalls nicht der richtige Weg für Rheinbach!
3. Es wird behauptet, die damalige SPD-Landesregierung habe eine Entlastungsstraße durch den Rheinbacher Stadtwald Anfang der 70er Jahre in den Landestraßenplan aufgenommen. Tatsache ist, dass in der Zeit der sozialliberalen Koalition von 1970 bis 1979 der FDPler Horst-Ludwig Riemer das Verkehrsministerium leitete. Hat die Rheinbacher FDP ihre Landes-Chronik etwa nicht richtig gelesen?
4. 2001 wurde ein integrierter Gesamtverkehrsplan (IGVP) vor allem durch die Grünen initiiert. Der IGVP beurteilt erstmals Straßen- und Schienenprojekte nach einem einheitlichen Verfahren bezüglich ihrer verkehrlichen, gesamtwirtschaftlichen und Umwelt-Wirkungen und verfolgt dabei insbesondere das Ziel der nachhaltigen und umweltverträglichen Mobilität. Vor allem sollte dadurch den öffentlichen Verkehrsträgern Vorrang eingeräumt werden.
5. Die Straßenbedarfspläne im IGVP werden unter maßgeblicher Beteiligung der Regionalräte als Vertreter der Kommunen aufgestellt. Die Regionalräte haben also eine Schlüsselposition bei der Aufstellung, Fortschreibung und Prioritätenfestsetzung des Landesstraßenbedarfsplans.  
Vorsitzender der Verkehrskommission der Regionalrates beim RP Köln ist der CDU-Kreistagsabgeordnete Dieter Heuel aus Rheinbach, zu dem engste Verbindungen zu halten man sich bei Rheinbacher CDU-Fraktion rühmt.  
Sind die Kommunikationswege zwischen Stadt- und Kreis-CDU etwa so schlecht, dass die CDU Rheinbach von Herrn Heuel nicht über die Rheinbach betreffenden Verkehrsvorhaben informiert wurde?
6. Anfang 2006 lag den Regionalräten und den Kommunen die neue Liste der Verkehrsvorhaben zur Kommentierung und Bewertung vor. In dieser Liste war das Vorhaben einer Entlastungsstrasse im Rheinbacher Süden in die Dringlichkeitsstufe 2 eingeordnet. Mit den betroffenen Kommunen wurde Rücksprache genommen, welche Projekte vor Ort besonders wichtig sind.  
Die Rheinbacher Grünen verfassten zum Projekt „Entlastung Höhenorte Rheinbach“ eine differenzierte Stellungnahme für die Grünen im Regionalrat Köln, in der die Entlastungsstrasse eindeutig abgelehnt wird (nachzulesen auf der Webseite der Grünen [www.gruene-rheinbach.de](http://www.gruene-rheinbach.de)). Wenn alle anderen im Rat vertretenen Parteien ebenfalls eine derartige Stellungnahme abgegeben hätten, wäre das Projekt aus der Vorhabenplanung gestrichen worden.  
Welche Empfehlungen haben CDU und FDP wohl ihren Parteifreunden im Regionalrat gegeben?
7. Am 17.2.2006 fand die entscheidende Sitzung des Regionalrates des RP Köln zur Neufassung der integrierten Gesamtverkehrsplanung statt. In dieser Sitzung stimmten nur die Grünen gegen die Neufassung der IGVP - alle anderen Parteien stimmten zu und akzeptierten somit auch das Vorhaben zur Zerschneidung des Rheinbacher Stadtwaldes durch besagte Verbindungsstraße.

Die schwarzgelbe Mehrheit verschweigt offensichtlich ihre aktive Rolle bei der Einbringung des Vorhabens in den Regionalrat. Sie verbreitet vielmehr die Fiktion, man sei schon immer gegen landschaftszerschneidende Straßenbauprojekte gewesen, dichtet sich eine kritische Einstellung gegen Umgehungsstraßen an und macht vergangene Landesregierungen für kritische Straßenbauvorhaben verantwortlich.

Angesichts der angeführten Fakten entsteht hier der Eindruck einer Doppelzüngigkeit von CDU und FDP, die vielleicht auch etwas damit zu tun haben mag, dass man befürchtet, die Bürger könnten die schwarz-gelben Vorstellungen von Straßen- und Verkehrspolitik als das entlarven, was sie sind, nämlich landschafts- und naturzerstörend!